

# »So funktioniert der Kapitalismus eben«

## Was wollen die Gewerkschaften gegen die drohende Verelendung unternehmen? Interview mit Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall



**K**onkret: Die steigenden Preise für Gas, Strom und Lebensmittel sind für große Teile der Bevölkerung nicht bezahlbar. Im August 2022 betrug die Inflationsrate 7,9 Prozent. Was planen die Gewerkschaften?

**Hans-Jürgen Urban:** Wir sind mitten in den Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie. Vorausgegangen sind zahlreiche Debatten unserer Mitglieder in den Betrieben und Tarifkommissionen. Ihr Ergebnis ist, dass die Kolleginnen und Kollegen mit der Forderung nach acht Prozent mehr Lohn in die Tarifauseinandersetzung gehen wollen.

Wenn man sich die Inflationsrate und die Energiepreise anschaut, ist klar, wieviel Druck auf diesen Verhandlungen lastet. Allerdings ist Tarifpolitik als Ausfallbürge für eine unzureichende Politik völlig ungeeignet. Was uns bevorsteht, ist eine existentielle Not in vielen Teilen der Gesellschaft, die durch den Abschluss in der Metall- und Elektroindustrie nicht verhindert werden kann. Hier ist das politische Mandat der Gewerkschaften gefragt.

*Muss ein Inflationsausgleich nicht Teil jeder Tarifverhandlung werden?*

Das ist er in der Regel auch. Unsere Tarifforderungen fallen nicht vom Himmel. Sie orientieren sich an den Eckwerten zur mittelfristigen Preis- und Produktivitätsentwicklung. Ein weiterer Faktor ist die Umverteilungskomponente. Es ist kein Geheimnis, dass die galoppierende Inflation eine extreme Herausforderung darstellt.

*Politisch wird von den Gewerkschaften Zurückhaltung gefordert, »spürbare Einmalzahlungen anstelle großer Tarifanhebungen« (Scholz). Frieren für den Frieden?*

Diesen doch etwas einfältigen Slogan wird sich die IG Metall gewiss nicht zu eigen machen. Die Tarifautonomie ist durch die aktuelle Situation nicht ausgesetzt. Die Logik von Einmalzahlungen unterstellt, dass der Preisanstieg im Energiebereich ein befristetes Phänomen ist. Aber das ist sehr unwahrscheinlich. Letztlich sind Einmalzahlungen vor allem attraktiv für Unternehmen, weil sie damit auf Dauer Geld sparen. Für die Beschäftigten bedeuten sie den Verzicht auf dauerhafte Tarifierhöhungen. Aber genau das, eine dauerhafte Erhöhung, ist die Erwartung der gewerkschaftlichen Basis. Ich sehe keinen Grund für einen vorausseilenden Gehorsam und Verzichtsbereitschaft.

*Ökonomisch wird vor der »Lohn-Preis-Spirale« gewarnt. Was ist dran?*

Nichts. Dieses Argument aus der neoklassischen Schulbuchökonomie wurde eh und je vorgeschoben, um Stimmung gegen Lohnerhöhungen zu machen. Die Inflation steigt nicht wegen Tarifierhöhungen, sondern wegen steigender Preise für Energie und weitere Güter des alltäglichen Bedarfs. Güter, die die Beschäftigten nicht einfach substituieren können. Was sich tatsächlich abzeichnet, ist eine Profit-Preis-Spirale. Vielfach werden höhere Preise durchgesetzt, nicht weil die Kosten gestiegen wären, sondern weil die Märkte es hergeben und Profite gesteigert werden können. So funktioniert der Kapitalismus eben, wenn man ihn lässt.

*Die Inflation, die Gas- und die Strompreisentwicklung werden vom Krieg und von den Sanktionen gegen Russland getrieben. Wie stehen die Gewerkschaften zu den Sanktionen, deren Kosten die Arbeitnehmer jetzt zu zahlen haben?*

Also, in den steigenden Energiepreisen kommt auch die Verknappung von Öl, Kohle und Gas zum Ausdruck, die sich aus dem sogenannten Wirtschaftskrieg zwischen dem Westen und Russland ergibt. Vor allem aber sind sie Resultat dysfunktionaler und vermachter Märkte. Die Preissetzungsmacht großer Konzerne, Trittbrettfahrgewinne von Unternehmen, die kaum höhere Kosten haben, aber trotzdem erhöhte Preise durchsetzen können, und nicht zuletzt finanzgetriebene Spekulationen an Spotmärkten sind bedeutender. Das kann nur durch intensive Eingriffe, durch Preisobergrenzen und die umfangreiche Abschöpfung sogenannter Zufallsgewinne, sprich: Extraprofite, korrigiert werden.

*Also ein schlichtes Ja zu den Sanktionen?*

Die Frage der Sanktionen gegen Russland ist komplizierter, als sie scheint. Natürlich agiert auch der Westen hier mit einer versteckten Agenda. Die Sanktionen sind Bestandteil des Kampfes um die Neuaufteilung ökonomischer und politischer Einflussphären, der sich vor allem zwischen den USA, der EU, Russland und China abspielt. Auch die Nato vertritt nicht nur sicherheitspolitische, sondern ökonomische und machtpolitische Interessen.

Trotzdem ist festzuhalten: Dem sogenannten Wirtschaftskrieg durch Sanktionen liegt ein sehr realer Krieg mit Waffen zugrunde, der von Russland als Aggressor ausgeht. Ich halte es für nachvollziehbar, nach wirtschaftlichen Sanktionen zu suchen, die Putin und seine Oligarchen-Clique unter Druck setzen und die Chancen für einen Waffenstillstand erhöhen. Das ist allemal sinnvoller, als sich den immer lauter werdenden Forderungen nach mehr Waffenlieferungen anzuschließen. Dieser moralisierende Bellizismus treibt die

Welt in eine neue globale Aufrüstungsspirale. Und von der ist nichts Gutes zu erwarten.

Entscheidend ist, dass Sanktionen zielgenau und effektiv ausfallen. Wenn durch das Wechselspiel von Sanktion und Gegensanktion die russischen Staatskassen voller sind als vorher, zugleich aber die Wirtschaft und die Bevölkerung in den westlichen Ländern massiv unter explodierenden Preisen leiden, läuft etwas falsch. Wir täten gut daran, die Frage nach einer angemessenen Antwort auf dieses Dilemma ruhig und mit Sachverstand zu diskutieren. Die Rückkehr zu einem *business as usual* wie vor dem Krieg ist aber sicherlich auch keine sinnvolle Strategie. Sie würde bei der russischen Regierung vermutlich als Ermutigung zur Fortführung des Krieges verstanden werden.

Für Beschäftigte sind keine unmittelbaren Entlastungen vorgesehen, ein Gaspreisdeckel fehlt, und wie genau die Strompreisbremse funktionieren soll, ist alles andere als klar.

Was fehlt, ist die Unterstützung für die arbeitsnehmerische Mitte, und vor allem fehlen Elemente der Umverteilung, die bei Unternehmen und Vermögenden die Finanzmittel einsammeln, die gebraucht werden. Hinzu kommen ordnungs- und verteilungspolitische Kapriolen, die ihresgleichen suchen. Ich meine etwa die Gasumlage, mit der völlig unverhohlen von unten nach oben umverteilt wird. Als wäre es normal, dass Verbraucher/innen Geld an Energiekonzerne zahlen, die dank der fehlenden Übergewinnsteuer damit Profite machen und sich ihres unternehmerischen Risikos entledigen kön-

Aus dem gleichen Grund, aus dem sie das immer tun sollten. Weil sie als Teil einer starken Organisation die Chancen erhöhen, ihre Interessen und Rechte durchzusetzen. Dabei geht es kurzfristig um den Schutz der abhängigen Arbeit vor den Folgen der gegenwärtigen Krisen. Mittel- und langfristig geht es um mehr: Wir stehen vor einer Jahrhundertaufgabe. Sie besteht darin, die Produktions- und Lebensweise des Gegenwarts-kapitalismus so umzubauen, dass Produzieren, Konsumieren und Leben mit den ökologischen Nachhaltigkeitsbedürfnissen vereinbar sind. Viele Finanzunternehmen haben ihr Herz für einen grünen Stakeholder-Kapitalismus entdeckt und wollen nur noch in ökologisch nachhaltige Unternehmen investieren. Nicht, so hat es der CEO des welt-



»Ohnmachtsphantasien«: Etwa 2.000 Menschen fordern bei einer Protestaktion der IG Metall acht Prozent mehr Lohn, September 2022

*Die IG Metall begrüßt das dritte Entlastungspaket und bezeichnet es als »wirksam für niedrige Einkommen«. Für die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi ist das »Prinzip sozialer Gerechtigkeit« in dieser Maßnahme »klar erkennbar«. Dabei wird sich auch mit diesem Paket für viele der Lebensstandard drastisch reduzieren. Trotzdem gibt es keinen Aufschrei der Gewerkschaft.*

Das ist nicht korrekt. Sicherlich werden die Maßnahmen der Ampelregierung im DGB unterschiedlich diskutiert. Aber Verdi und die IG Metall zum Beispiel haben das Paket deutlich kritisiert. Zweifelsohne sind 300 oder 200 Euro, erhöhtes Wohn- und Kindergeld und anderes für Studierende, Rentner/innen und die Bezieher/innen niedriger Einkommen zu wenig, sie sind aber nicht nichts. Trotzdem ist das Gesamtpaket bei weitem nicht ausreichend. Einmalbeträge helfen nicht gegen dauerhafte Zusatzbelastungen.

nen. Das ist absurd. Sinnvoller wäre es, die Krise der Energieversorgung zum Anlass zu nehmen, die Überführung solcher Energiekonzerne, die die Energieversorgung nicht sicherstellen können, in die öffentliche Hand zu diskutieren. Die Bundesregierung täte gut daran, darüber nachzudenken. Sonst könnte ihr Ansehensverlust in der Bevölkerung weiter voranschreiten.

Zugleich muss der Ausbau erneuerbarer Energien entschieden vorangetrieben werden. Das verantwortungslose Auftauen gefährlicher Atomenergiedystopien vor allem durch »grüne Akteure« macht einen sprachlos. Die IG Metall hat mit einer Kampagne unter dem Motto »Deckel drauf – Krisengewinne abschöpfen« Druck für spürbare Entlastungen gemacht. Da wird noch einiges folgen müssen.

**Warum sollten die Beschäftigten im »heißen Herbst« Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft werden?**

größten Vermögensverwalters, Larry Fink, formuliert, weil sie auf einmal Umweltschützer geworden wären, sondern weil sie Kapitalisten bleiben und ihr Geld dort anlegen wollen, wo der globale Kapitalismus zukünftig prosperiert.

Ich empfinde das eher als Drohung denn als Verheißung. Die Dekarbonisierung zum neuen globalen Geschäftsmodell zu erklären heißt ja nicht, dass der drohende Klimakollaps aufgehalten wird. Unter der Dominanz kapitalistischer Märkte und Politik bleiben die abhängig Arbeitenden die Verlierer/innen. Genau das gilt es zu verhindern. Es geht um gesellschaftliche Gegenmacht zur destruktiven Dynamik kapitalistischen Wachstums. Dazu braucht es starke und konfliktfähige Gewerkschaften. Auch deshalb sollte man Mitglied einer Gewerkschaft werden.

**Interview: Peter Schadt**